

Pressemitteilung vom 18. September 2017:

Durchweg positive Haltung zu Vielfalt. Aber deutliche Unterschiede im Grad der Verbindlichkeit in der Umsetzung

Antworten der Parteien auf die idm-Wahlprüfsteine zur Diversitypolitik in Deutschland

Die Internationale Gesellschaft für Diversity Management (idm e.V.) hat die CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD anlässlich der Bundestagswahlen 2017 gefragt, wie sie die gesellschaftliche Vielfalt ganzheitlich und Politikfelder übergreifend fördern und etablieren möchten¹.

Die Parteien setzen sich insgesamt alle für eine weitere Förderung der Vielfalt Deutschlands in der Bundesverwaltung sowie im gesellschaftlichen Zusammenleben ein. Deutliche Unterschiede zeigen allerdings sich im Grad der angestrebten Verbindlichkeit in der konkreten Umsetzung sowie dem Willen diese Umsetzungen gesetzlich zu regeln.

Durch welche politischen Strategien und konkreten Maßnahmen, möchten die Parteien alle Handlungsfelder der Politik, Verwaltung und der Wirtschaft sowie Angebote und Dienstleistungen auf die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft ausrichten?

Hier zusammenfassend die konkreten Ansätze und Maßnahmen der Parteien:

CDU/CSU

- Erhöhung des Anteils von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in der Bundesverwaltung

FDP

- Stärkere Berücksichtigung der Dimensionen Religion und sexuelle Orientierung in der Arbeitswelt

¹ Die AfD hat bis zum Redaktionsschluss (Fristverlängerung bis zum 01.09.17) keine Stellungnahme abgegeben.

- Umstrukturierung der Frauen- und Behindertenbeauftragten im Öffentlichen Dienst (ÖD) in einen breiteren Ansatz eines ganzheitlichen Diversity Managements
- Entwicklung von einheitlichen Standards und Prozesse für alle Bundesministerien und ihre nachgeordneten Behörden
- Dialogprozess mit Unternehmen mit Bundesbeteiligung
- Aufnahme und Fortsetzung von LSBTI-Projekten in der Schulaufklärung, Jugend- und Seniorenarbeit, wie auch entsprechende Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Polizei- und Sicherheitskräfte und Ausstattung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld mit zusätzlichen Mitteln

Bündnis 90/Die Grünen

- Schaffung eines verbindlichen Rahmens im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für eine umfassende Förderung von gesellschaftlicher Vielfalt
- Erweiterung im AGG um den Bereich des staatlichen Handelns mit proaktiven Maßnahmen und Verpflichtungen
- Stärkung von antidiskriminierungsrechtlichen Verpflichtungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe

Die Linke

- Förderung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte im ÖD
- Appell an Bundesministerien und ihren nachgeordneten Behörden, Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln
- Zuständigkeit für Fragen der Migrations- und Integrationspolitik aus dem Bundesministerium des Innern in ein eigenes Ministerium überführen; Entwicklung von Strategien i.S.d. Diversity Managements für die gesamte Bundesverwaltung in diesem neuen Ministerium
- Aktionsplan für Diversity Management unter Einbeziehung von Interessengruppen und Selbstorganisationen; Durchführung von Modellprojekten bei einzelnen Teilen der Bundesverwaltung
- Evaluation von Gesetzen und ihren Ausführungen unter Einbeziehung unabhängigen, wissenschaftlichen Sachverständigen und Vertreter_innen der Zivilgesellschaft mit dem Fokus auf Vielfalt

SPD

- Gesamtstrategie Frauen in Führungspositionen für alle Bereiche (Wirtschaft, Verwaltung, Medien, Kultur und Wissenschaft) entwickeln

- Ausdehnung der Frauenquote auf alle Unternehmen, Körperschaften des öffentlichen Rechts wie die Sozialversicherungen und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte
- Erhöhung des Anteils des Personal mit Einwanderungsgeschichte, Zielvorgaben, Ausbildungskampagnen und faire Bewerbungsverfahren im ÖD
- Erstellung eines Aktionsplans für Diversity Management in Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen und NGOs und in enger Abstimmung mit der Unabhängigen Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Konsens beim Ziel der interkulturell orientierten Personalentwicklung – Aber: Das „WIE?“ ist umstritten

- Alle Parteien befürworten mehr oder weniger offen die Erhebung des Anteils der Auszubildenden, Studierenden und Beschäftigten mit Migrationshintergrund in allen Bundesministerien, Bundesverwaltungen und Bundesbehörden.
- CDU/CSU und FDP sprechen sich gegen Zielquoten aus. Bündnis 90/Die Grünen sind für klare und überprüfbare Selbstverpflichtungen. Die Linke befürwortet eine Zielquote nur dann, wenn sie Teil eines breiten Maßnahmenpakets ist. Ob Zielquoten auf allen Hierarchieebenen der Bundesverwaltung für Personen mit Migrationshintergrund praktikabel sind, müsse aus Sicht der SPD vertieft geprüft werden.
- Mit Ausnahme von CDU/CSU sprechen sich die Parteien für die Verankerung von Diversity-Kompetenz als Kriterium für Einstellung und Aufstieg für Beschäftigte in Bundesministerien, Bundesverwaltungen und Bundesbehörden aus.

Zukunft der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) offen – von „alles beim Alten“ bis zur eigenen Bundesbehörde mit deutlich mehr Ressourcen:

- CDU/CSU und FDP planen keine Veränderungen.
- Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD möchten die finanziellen Ressourcen der ADS ausweiten.
- Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich gegen eine Verortung der ADS in einem Ministerium oder im Kanzleramt aus und plädieren für eine „unabhängige“ Stelle.
- Die Linke möchte die ADS als eine eigene Bundesbehörde etablieren.

Auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bringt unterschiedliche Positionen hervor:

- Die CDU/CSU und die FDP möchten beim AGG keine Änderungen vornehmen.
- Dass die soziale Herkunft oder der soziale Status als Diskriminierungsmerkmal aufgenommen wird, ist den Antworten der Parteien zufolge nicht zu erwarten. In Bezug auf die geschützten Merkmale plädieren Bündnis 90/die Grünen für eine engere Definition der bereits im AGG verankerten Merkmale. Die Linke möchte, dass gesundheitlich beeinträchtigte Menschen ebenso wie Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Pflegebedarf durch das AGG geschützt sind.
- Bündnis 90/Die Grünen positionieren sich am Deutlichsten für eine Klarstellung, dass die Ausnahmeklausel für die Religionsgemeinschaften sich nur auf den Kernbereich der Glaubensverkündigung beschränkt. Auch sollen durch Positive Maßnahmen (§ 5 AGG) weitere gesetzliche Vorgaben konkretisiert und (mehr) Verbindlichkeit hergestellt werden.
- Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD sprechen sich für eine Ausdehnung der Klagefristen (in der Tendenz: von zwei auf sechs Monate) und der Möglichkeit des Verbandsklagerechts aus.

Die Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern, stehen die Parteien mit Distanz gegenüber:

- Für eine intensive Befassung mit dieser Frage im Bundestag und Bundesrat sieht CDU/CSU derzeit keinen Anlass.
- FDP fordert stattdessen eine Anpassung des Antidiskriminierungskatalogs in Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz an den der Europäischen Grundrechtecharta und damit die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Ausrichtung und des Alters.
- Für Bündnis 90/Die Grünen bietet der Grundrechtskatalog des Grundgesetzes weit mehr Handhabe als ein Staatsziel.
- Die konkrete Ausgestaltung von Vielfalt habe laut Die Linke ihren Platz in gesetzlichen Regelungen wie dem AGG.
- Eine Verpflichtung auf eine konkrete Politik, gar auf konkrete Maßnahmen sei aus Sicht der SPD mit einem Staatsziel nicht zu erreichen.

Zu der ausführlichen Darstellung der Positionen der angefragten Parteien zur Diversitypolitik in Deutschland gelangen Sie über diesen Link:

<http://www.idm->

[diversity.org/files/Positionen_Wahlpruefsteine_Diversity_idm_Bund2017.pdf](http://www.idm-diversity.org/files/Positionen_Wahlpruefsteine_Diversity_idm_Bund2017.pdf)